

Stadtratswahlen vom 24. September 2000

Julia Gerber Rüegg: „Meine Anliegen sind die Anliegen einer grossen Mehrheit“

Sie verfügt über einen sicheren politischen Instinkt und über enorm viel politische Erfahrung auf Gemeinde- und Kantonebene: Julia Gerber Rüegg. Nun kandidiert sie für die SP für den Stadtrat. Warum sie dies tut und was sie für Wädenswil erreichen will, verrät sie im SO-Interview.

Interview: Hansjörg Schmid

Julia, du warst 12 Jahre Gemeinderätin von Wädenswil und bist seit 6 Jahren im Kantonsrat. Nun kandidierst du für ein Exekutivamt. Etwas, das dich schon lange gereizt hat?

Ich habe diese Kandidatur nicht gesucht und mich in letzter Zeit auf meine Arbeit im Kantonsrat konzentriert. Mit dem überraschenden Rücktritt von Rolf Kurath ist eine völlig neue Situation entstanden. Nach 12 Jahren im Gemeinderat bin ich heute bereit, ein Mandat als Stadträtin zu übernehmen. Ich finde dieses Amt reizvoll, weil es anspruchsvolle Führungsaufgaben beinhaltet. Ich kenne die Stadt, viele Menschen und ihre Sorgen und Nöte. Seit Jahren setze ich mich nach bestem Wissen und Gewissen und auf manchen Ebenen für unsere Stadt, die Region Zimmerberg und den Kanton Zürich ein. Als Mitglied des Gemeinderates habe ich an der Gesetzgebung mitgewirkt. Nun würde ich mich freuen, als Stadträtin praxisbezogen an der Umsetzung dieser Gesetze und Beschlüsse zu arbeiten. Meine fachlichen Kenntnisse und Führungserfahrungen werden mir den Einstieg in ein Exekutivamt erleichtern.

Was sagt denn deine Familie zu deiner Kandidatur? Immerhin bist du aus Zeitgründen vom Gemeinderat zurück getreten.

Meine Familie ist mir sehr wichtig. Ich bin in der glücklichen Lage, dass sie mein Engagement für die Gemeinschaft unterstützt und schätzt. So ist meine politische Tätigkeit überhaupt erst möglich und der Familienkreis wird weiterhin meinen Lebensmittelpunkt bilden. In den übrigen Bereichen bin ich nach einer allfälligen Wahl in den Stadtrat frei, meine Prioritäten neu zu setzen. Alles in allem

„Familien sollen in unserer Stadt ein freundliches Klima und fortschrittliche Bildungsangebote vorfinden“

.....

möchte ich aber feststellen, dass ich Familie, Geschäft und Beruf kombiniere, wie dies z.B. auch meine beiden

Wädenswiler Kantonsratskollegen Ernst Stocker und Vinzenz Bütler machen. Beide sind in einer ähnlichen Situation wie ich. Sie sind verantwortungsvolle Familienväter, Kantonsräte und Inhaber eines eigenen Betriebs. Sie wissen, was es heisst, rund um die Uhr in der Verantwortung zu stehen und dennoch ein glückliches Leben zu führen. Ihr Beispiel zeigt mir auch, dass es zwischen den Funktionen im Kantonsrat und im Stadtrat wichtige Synergien gibt, die für unsere Stadt und für die Amtsführung genutzt werden können.

Welche Anliegen hast du, die du im Stadtrat einbringen möchtest?

Meine Anliegen sind die Anliegen einer grossen Mehrheit in dieser Stadt. Ich sage dies als Hausfrau, Mutter und Geschäftsfrau.

Wädenswil soll sich als lebendige und offene Stadt mit hoher Lebensqualität innerhalb des Agglomerationsgürtels



von Zürich entfalten können. Dazu gehört, dass wir die städtischen Dienstleistungen nach den unterschiedlichen Bedürfnissen aller Einwohnerinnen und Einwohner ausrichten, ungeachtet, ob arm oder reich, jung oder alt, behindert oder mobil, Frau oder Mann. Ein besonderes Anliegen sind mir Familien mit Kindern. Sie sollen in unserer Stadt ein familienfreundliches Klima und fortschrittliche Bildungsangebote vorfinden.

„Eine Stadt mit hoher Lebensqualität und Standortgunst muss auch ein mittel- bis langfristiges raumplanerisches Konzept entwickeln“

.....

Warum nicht den Kindern und Jugendlichen den Eintritt ins Strandbad erlassen? Für sie sollten noch vermehrt dezentrale Treffpunkte geschaffen werden, die sie zu sinnvoller Freizeitgestaltung anregen. Wer auf die Zukunft setzt, setzt auf die Jugend. Doch für mich geht Familienpolitik weiter: Wer in Wädenswil lebt, sollte auch die Möglichkeit haben, für seine betagten Eltern im Alters- und Pflegeheim einen Platz zu finden, so dass der Kontakt über Generationen hinweg erleichtert wird. Zum Wohlbefinden unserer Einwohnerinnen und Einwohner gehört die Erhaltung einer guten, aber bezahlbaren medizinischen Grundversorgung. Hier wird der Stadtrat mit der Realisierung des Spitals Zimmerberg sicher gefordert sein.

Eine Stadt mit hoher Lebensqualität und Standortgunst muss auch ein mittel- bis langfristiges raumplanerisches Konzept entwickeln. So können soziale Probleme vermieden werden. Eine vorausschauende Planung ist auch die Voraussetzung für die Entwicklung eines vielfältigen wirtschaftlichen Lebens und damit wirtschaftlicher Stabilität in unserer Stadt.

Das alles klingt sehr gut – aber ist es für eine Stadt wie Wädenswil überhaupt bezahlbar?

Es ist mir bewusst, dass viele meiner Anliegen auch etwas kosten werden. Doch wer nichts investiert, gewinnt nichts. Nach einer langen Periode hohen Spardrucks, in der sich Wädenswil stets auf

das Nötigste beschränken musste, ist eine gewisse Entlastung dank höheren Steuereinnahmen in Sicht.

Untersuchungen zeigen im Übrigen, dass für die Wahl des privaten Wohnsitzes sowie für die Standortwahl von Firmen die Höhe des Steuerfusses nur eines unter vielen Kriterien ist. Viel wichtiger ist das Angebot an Arbeitsplätzen, ein attraktives Betreuungsangebot für Kinder, ein schnelles und zuverlässiges Dienstleistungsangebot der öffentlichen Hand und eine attraktive Umgebung mit freundlicher Ausstrahlung. Dazu gehört zum Beispiel ein Hallenbad mit einer richtigen „Beiz“ statt nur mit einem Getränkeautomaten!

Nicht alles was Verbesserungen bringt muss aber teuer sein. Ich würde mich im Stadtrat dafür einsetzen, dass die Initiativen der Bürgerinnen und Bürger vermehrt und unbürokratisch unterstützt werden.

Welche Abteilung würdest du am liebsten übernehmen?

Es ist nicht an den Neugewählten, eine Wahl für eine Abteilung zu treffen. Von meinem Werdegang und von meinen Qualifikationen her sehe ich mich durchaus in der Lage, die Hochbau oder die Gesundheits- und Sportabteilung zu führen. Als Referentin der Bildungsdirektion in der kantonsrätlichen Geschäftsprüfungskommission bin ich auch mit der Materie von Schule und Ausbildung vertraut. Meine Kommissionsarbeit im Kantonsrat hat mir zudem Gelegenheit gegeben, mich im Bereich der öffentlichen Finanzen und Steuern zu spezialisieren. Die erwähnten Abteilungen könnte ich rasch, die übrigen nach einer gewissen Einar-

beitungszeit gut abdecken. Entscheidend scheinen mir die Motivation und der Einsatzwille zu sein. Beides ist bei mir ausgeprägt vorhanden.

Der aus beruflichen Gründen ausgeschiedene SP-Stadtrat Rolf Kurath hat dem jetzigen Gremium vorgehalten, es sei wenig offen für neue Wege, für fortschrittliche Lösungsansätze. Hast du keine Angst, mit KollegInnen zusammenarbeiten zu müssen, die wenig innovativ und mutig sind?

Das ist die Erfahrung von Rolf Kurath. Ich lasse mich nicht von fremden Erfahrungen leiten, sondern begeben mich unvoreingenommen in eine neue Aufgabe.

SP-Exekutivmitgliedern wird, wie im Juli z.B. Moritz Leuenberger, oft vorgeworfen, sie hätten den Kontakt zur Basis verloren und verträten bürgerliche oder neoliberale Werte. Wie willst du einen guten Kontakt zur Basis lebendig erhalten?

Ein Stadtratsmandat enthält auch einen Kommunikationsauftrag gegenüber der eigenen Partei, gegenüber allen meinen

„Bürgerinitiativen sollten vermehrt und unbürokratisch unterstützt werden“

.....

Wählerinnen und Wählern und gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern. Für mich ist das Amt als Stadträtin undenkbar ohne Zusammenarbeit mit der Fraktion und der Partei. Wer aber ein Problem oder ein Anliegen hat und glaubt, ich könne etwas für ihn oder sie tun, der/die ist herzlich eingeladen, mit mir Kontakt aufzunehmen.



Als Parlamentarierin hast du den Stadtrat oft kritisiert. Jetzt willst du die Seite wechseln. Macht dir das keine Mühe?

Nein, überhaupt nicht. Ich würde mich auf die neue Rolle in der Politik freuen. Dabei würde mir meine Parlaments-erfahrung sicher von Nutzen sein. Für eine Exekutivtätigkeit ist es nämlich gut, wenn man den Parlamentsbetrieb sehr gut kennt.

Jetzt würdest du in ein 9er-Gremium gewählt. Bald dürften es nur noch 7 StadträtInnen sein. Hat die SP da noch eine Chance mitzuregieren?

Die SP repräsentiert einen Viertel aller Stimmberechtigten. Von der Parteienstärke her haben wir also sogar einen Anspruch auf zwei Sitze. Ich gehe nicht davon aus, dass die Wädenswilerinnen und Wädenswiler eine rein bürgerliche Stadtregierung ohne SP wünschen, heute wie auch in zwei Jahren.

Wie stehst du als (hoffentlich) zukünftige Stadträtin zur Stadtreform?

Die Reformen dürfen nicht zu einem Demokratieabbau führen. Dies würde aber geschehen, wenn der Stadtrat sich ganz selber organisieren würde, wie er sich das derzeit wünscht, wenn er sein Organisationsstatut selber erlässt und dem Gemeinderat lediglich zur Genehmigung unterbreiten will. Aber hier wird das Parlament sicher noch korrigierend eingreifen. Meiner Meinung nach haben die NPM-Pilotprojekte noch zu wenig direkten Nutzen für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger gebracht und man hört, dass der Verwaltungsaufwand mit NPM auch nicht abgenommen habe. Hier sind sicher noch einige Verbesserungen nötig. Ob Wädenswil von neun oder von sieben Stadträten und Stadträtinnen regiert wird, finde ich weniger relevant. Wichtiger ist, dass sich die Exekutivmitglieder wirklich der strate-

gischen Führung widmen und politische Verantwortung übernehmen. Das setzt eine gewisse Unabhängigkeit von den einzelnen Ämtern und Institutionen voraus und ist daher nicht vereinbar mit operativer Arbeit innerhalb der Stadtverwaltung.

Man darf aber den Aufwand für die stadträtliche Arbeit nicht unterschätzen, denn gerade strategische Führung setzt genaue Detailkenntnisse der einzelnen Probleme voraus, was mit einem gewissen Zeitaufwand verbunden ist, den man anständig entschädigen sollte. Sonst wird es immer schwieriger werden, fähige Leute zu finden, die sich ein solches Amt noch leisten können.

Julia, wir wünschen dir, dass du mit einem Superresultat in den Stadtrat von Wädenswil gewählt wirst!

www.julia-gerber.ch

Julia Gerber Rüegg im Porträt

Familie

1957	Geboren in Ürikon als zweites Kind von Josefine und Othmar Gerber, wohlbehütete Jugend und Mittelschulzeit
1980 – 1984	Leben und Arbeit im Glattal, Heimweh nach dem See
1984	Umzug nach Wädenswil in den heimeligen Zopf
1989	Heirat mit Willy Rüegg ♥, Bezug des Hauses am Zopfbach 21 Geburt von Jonas ♥
1991	Geburt von Stefan ♥
1994	Wädenswil mit seiner einmaligen Kombination von Ländlichkeit und Urbanität, seiner wunderbaren Lage am See und seiner Nähe zu den Bergen hat es ihr angetan: Sie wählt Wädenswil als BürgerInnenort

Politische Laufbahn

1987 – 1999	Mitglied des Wädenswiler Gemeinderates
1990 – 1994	Präsidentin der gemeinderätlichen Raumplanungskommission
1994 –	Mitglied des Zürcher Kantonsrates, Mitarbeit in mehreren Kommissionen: Raumplanung, Finanz und Wirtschaft, Bildung
1995 –	Mitglied der Geschäftsprüfungskommission des Kantonsrates

Ausbildung und Beruf

1977	Kantonsschule Stadelhofen, Matura Typus B
1980	Patent als Primarlehrerin
1980 – 1986	Tätigkeit als Primar- und Reallehrerin
1989	Patent als Oberstufenlehrerin
1989 – 1995	Familienpause, div. Weiterbildungen in Führung und Kommunikation
1995	Beginn der selbständigen Tätigkeit als Kommunikationsberaterin
1996	Gründung der „Rüegg Gerber PR“ AG mit Sitz in Wädenswil



Sparen auf dem Buckel der Alten und Behinderten: NEIN!

Am 29. Mai 2000 hat die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrates der Änderung des Gesetzes über die Zusatzleistungen zu AHV und IV zugestimmt. Neu eingeführt wurden damit "Vermögensgrenzen" für Beihilfen von 25'000 Franken für Alleinstehende und 40'000 Franken für Ehepaare. Damit würden mindestens einem Drittel der bisherigen BezügerInnen die Beihilfen gestrichen. Sehr stark von den Kürzungen sind insbesondere viele Frauen betroffen, die in ihrem Leben keine Chance hatten, eine zweite oder sogar dritte Säule aufzubauen.

Referendum ergriffen

SP, Grüne und EVP haben gemeinsam das Behördenreferendum ergriffen, damit diese untragbare Gesetzesänderung vor das Volk kommt. Mit der Gesetzesänderung spart der Kanton Zürich geringe vier bis fünf Millionen Franken, während auf der anderen Seite Steuer geschenke an die Reichen gemacht werden (Steuerfussenkung und Abschaffung der Erbschaftssteuer). Für viele

„Bezüger von Beihilfen könnten sich ohne diese vielfach eine Fahrt ins Grüne oder einen Zoobesuch nicht mehr leisten“

.....

Bezügerinnen und Bezüger von Beihilfen bedeutet die Abschaffung eine massive Verschlechterung ihrer Lebensqualität. Das Zeitungsabonnement, der Zoobesuch mit den Enkelkindern oder eine Fahrt ins Grüne liegen nicht mehr drin.

Beihilfen sind nötig

Die Renten der AHV und IV decken das Existenzminimum nicht. BezügerInnen, die keine Leistungen aus einer Pensionskasse beziehen können und/ oder über keine anderen Einkünfte verfügen, ha-

ben deshalb Anrecht auf Ergänzungsleistungen. Diese bedarfsabhängigen Sozialversicherungsleistungen erhält, wer die gesetzlich klar definierten persönlichen und wirtschaftlichen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt (die anrechenbaren Einnahmen werden den anerkannten Ausgaben gegenübergestellt).

Ohne Beihilfe auch kein Gemeindezuschuss

Im Kanton Zürich werden neben diesen Ergänzungsleistungen zusätzlich kantonale Beihilfen ausgerichtet, was den Berechtigten ein höheres Leistungsniveau (als Ausgleich der erhöhten Lebenskosten in unserem Kanton) garantiert.

„Bei den Bürgerlichen denkt die Basis sozial, während viele bürgerliche Volksvertreter den Sozialabbau praktizieren“

.....

Zahlreiche Gemeinden gewähren darüber hinaus noch Gemeindezuschüsse, welche direkt an den Bezug von Beihilfen gekoppelt sind. Fällt die Beihilfe weg, so geht gleichzeitig auch noch der Gemeindezuschuss verloren. In Zahlen heisst das, dass alleinstehenden Personen nach der Bezahlung der Miete und Krankenversicherungsprämien rund 1370 Franken Ergänzungsleistungen plus rund 200 Franken Beihilfen pro Monat zur Verfügung stehen (Ehepaaren 2060 plus etwa 300 Franken).

Bürgerliche Kantonsräte im Schiff

Es ist unwürdig, bei der älteren Generation, die ihr Leben lang gearbeitet hat, den Rotstift anzusetzen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden diesem miesen Gesetz niemals zustimmen. Dies haben auch die Delegierten der SVP-Kantonalpartei und der FDP der Stadt Zürich erkannt und ihren Kantonsräten die Gefolgschaft verweigert. Angesichts der bürgerlichen NEIN-Paro-

len kommt es nun zur Volksabstimmung über ein Gesetz, das nicht einmal mehr die Initianten wollen.

Paradox und schäbig ist das! Die Basis denkt sozial, während viele bürgerliche Volksvertreter den Sozialabbau praktizieren möchten. Kein gutes Zeichen für die Zukunft.

Wer die AHV/IV-Beihilfen erhalten will, stimmt NEIN zum neuen Gesetz

Das Komitee "Nein zur Aushöhlung der AHV-/IV-Beihilfen" umfasst GP, EVP und SP, den VPOD, den Gewerkschaftsbund, die Pro Infirmis, die AVIVO, den Zürcher Rentnerverein, die Behindertenkonferenz sowie zahlreiche Einzelpersonen. Sie alle kämpfen entschlossen gegen dieses unsoziale Gesetz, welches den Weg für weitere Angriffe auf die Solidarität im Sozialstaat öffnet. Machen Sie mit! Treten Sie dem Komitee bei (siehe beiliegende Karte) und stimmen Sie in der Abstimmung vom 24. September auf jeden Fall NEIN!

Julia Gerber Rüegg

Gesucht: Primarschule

Aber nicht gefunden! Diese Erfahrung macht nicht nur die SP in Wädenswil. Parteien von links bis rechts, in der Stadt und auf dem Land machen sie, sei es für die Schulpflege, den Stadtrat oder für irgend einen Vereinsvorstand. Niemand möchte die Nachfolge des aus gesundheitlichen Gründen aus der Primarschulpflege zurück getretenen Heinz Brunner (SP) antreten. Alle von der SP angefragten Leute lehnen es ab, ein Amt auf sich zu nehmen, das viel Fronarbeit und wenig Dank bringe.

bes
Lok
sch
Treu
Eh
kinder- und
lehrerlieben
sitzungs-
freudig
Buscher
kom post
nel

Ein rein bürgerlicher Stadtrat?

Im Rahmen der Diskussionen um die Revision der Gemeindeordnung hat die SP darauf hingewiesen, dass die Behördenämter miliztauglich sein müssen (vgl. auch den Beitrag „Ist die Schulpflege noch miliztauglich“ Seite 6). Die heutige Belastung führe dazu, dass Mitglieder des Stadtrates und ähnlicher Behörden aus einem immer engeren Personenkreis (z.B. Freiberufler, Hausfrauen) kommen werden, während sich Angestellte und insbesondere Führungskräfte aus zeitlichen Gründen praktisch nicht zur Verfügung stellen können.

Diese Einschätzung hat sich schneller als erwartet erfüllt, mussten doch alle denkbaren KandidatInnen der FDP aus beruflichen oder persönlichen Gründen auf eine Stadtratswahl verzichten. Obwohl die SVP bereits heute eine Zweiervertretung im Stadtrat hat, will sie einen dritten Sitz. Damit könnte ihre Zweiervertretung auch in einem allenfalls auf 7 Mitglieder reduzierten Stadtrat trotz des angekündigten Rücktritts von Hanne Herzog gesichert sein. Will nun das bürgerliche Forum gegen die SVP-Kandidatur antreten und einen besseren FDP-Ersatz anpreisen, oder wünscht man sich wieder einmal einen rein bürgerlichen Stadtrat?

SP will im Stadtrat vertreten sein
Eine reine Oppositionsrolle ist keine Zielsetzung der SP. Für sie ist es klar, dass die Meinungsvielfalt zur Demokratie gehört und sie will ihre Verantwortung auch wahrnehmen.

Zum Glück steht mit Julia Gerber Rüegg eine geradezu ideale Kandidatin zur Verfügung. Sie hat im Gemeinderat und im Kantonsrat reiche politische Erfahrungen gesammelt und sich im Beruf und in Kommissionen Führungsqualitäten erarbeitet. Dank neuen Prioritäten im familiären, beruflichen und politischen Bereich kann sie die für die Führungsaufgaben nötige Zeit finden. Wir sind überzeugt, dass Julia Gerber Rüegg ihre Ideen im Stadtrat einbringen wird.

Voraussetzung ist allerdings, dass alle, die Julia Gerber Rüegg im Stadtrat wollen, sich tatsächlich an der Wahl beteiligen!

Sepp Dorfschmid

Rolf Kurath als Stadtrat: kurz und heftig!

- Skatinganlage in die Wege geleitet!
- Frohmann (mit etwas Getöse) in die schwarzen Zahlen geführt!
- Spital-Fusion vorbereitet!

Wie kann man mit diesem Leistungsausweis nach nur 2 Jahren zurücktreten?

Als Rolf Kurath in den Stadtrat gewählt wurde, hatte er sich einiges vorgenommen. Vor allem wollte er etwas zu einem offeneren Stil beitragen, neue Ideen einbringen, mehr Dynamik schaffen. Dass solchen Taten auch Widerstand erwächst, war auch



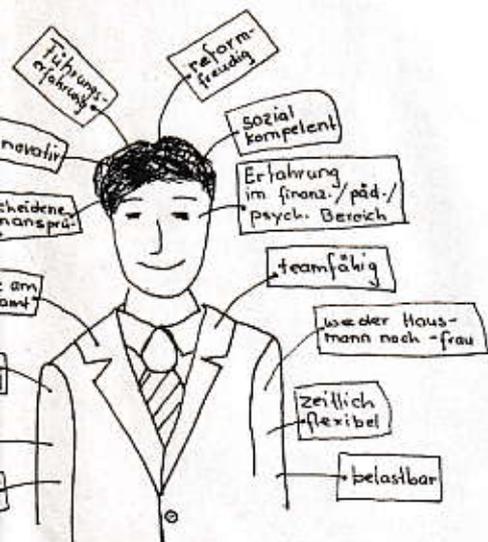
Rolf klar. Vielfach verspürte er aber kaum konstruktive Anregungen, so dass er die Haltung der Mehrheit des Stadtrates als Blockade empfand.

Parallel zu seiner stadträtlichen Tätigkeit konnte Rolf im beruflichen Umfeld in einem Stil arbeiten, der seinen Vorstellungen entsprach. Als ihm dann eine leitende Funktion bei der Swisscom angeboten wurde, konnte er nicht mehr widerstehen.

Lieber Rolf, natürlich wäre es uns lieber gewesen, wenn jetzt keine Nachwahlen nötig wären. Wir danken dir für deinen Einsatz und wünschen dir, dass du im neuen Umfeld lange kreativ tätig sein kannst.

SP Wädenswil

SchulpflegerIn



Über zehn Personen mit und ohne Parteimitgliedschaft wurden durch Vorstandsmitglieder angefragt. Alles Leute, hinter denen der SP-Vorstand voll und ganz stehen könnte. Leute, die die nötige Qualifikation für ein Schulpflegeramt mitgebracht hätten. Und natürlich Leute, die nicht bereits ein öffentliches Amt inne haben. Darunter ein Hochschullehrer, eine Heilpädagogin, ein Schulleiter, eine Familientherapeutin, ein Druckereileiter, eine Werbeassistentin, eine Krankenschwester, ein leitendes Mitglied einer Versicherungsgesellschaft, eine ehemalige Primarlehrerin und Hausfrau. Alle konnten sie die Anforderungen, die

heute an ein Schulpflegermitglied gestellt werden, nicht mit den Anforderungen vereinbaren, denen sie sonst schon zu genügen haben. Die SP muss ihren dritten Sitz in der Primarschulpflege leer lassen. Wer sonst wird bereit sein, ihn einzunehmen?

Das Ehrenamt als Teilzeitstelle ohne Lohn

Wir werden auch in Wädenswil nicht darum herum kommen, unsere Behörden miliztauglicher zu machen. Wir können von einem Schulpfleger oder einer Stadträtin nicht erwarten, in ihrer Freizeit ein Pensum zu erledigen, das

...schonend behandeln und
...gehend der nächsten Partei
...iden!

Fortsetzung Seite 6

Ist die Schulpflege überhaupt noch miliztauglich?

Die zahlreichen vorzeitigen Rücktritte aus den Gemeindeschulpflegen geben Anlass, diese Behördenämter auf ihre Miliztauglichkeit zu überprüfen. Die gleiche Problematik zeigt sich auch bei den Ersatzwahlen für den Stadtrat.

Tatsache ist, dass es immer schwieriger wird, geeignete Personen zu finden, welche in der Lage sind, den sehr grossen Zeitbedarf bereitzustellen.

Viele Arbeitgeber sind heute nicht mehr bereit, ihre Angestellten für die Ausübung eines Behördeamtes freizustellen. Wenn aus diesen Gründen für solche Exekutivämter nur noch Ehepartner von Alleinverdienern (vorwiegend Hausfrauen?) in Frage kommen, stimmt ein wichtiges Argument für das Milizprinzip nicht mehr: die SchulpflegerInnen repräsentieren die ganze Breite der Bevölkerungsstruktur.

Die in den letzten Jahren ständig zunehmende Belastung hat verschiedene Ursachen. Einerseits sind sicher die Aufgaben innerhalb der Behörde gewachsen, der Hauptteil ist den Gemeinden aber vom Kanton verordnet worden: Mit der faktischen Abschaffung der Bezirksschulpflege wurden die gesamten Aufgaben der MitarbeiterInnen-Beurtei-

lung inklusive des neueingeführten LQS (Lohnwirksames Qualifikations-System) zur Sache der Gemeindeschulpflegen gemacht. Der zeitliche Aufwand dafür ist immens, gemessen an dem, was es bringt. Auch der überaus grosse Reformeifer von Bildungsdirektor Buschor fordert nicht nur die Lehrkräfte, er bedingt nebst reichlich finanziellen Mitteln auch viel Behördenarbeit.

Auf der Suche nach einem Ausweg ist nun auf allen Ebenen nach Verbesserungen zu suchen. Beispiele dazu wären:

- In der geplanten Zürcher Volksschulreform "Unsere Schule - unsere Zukunft" ist die Rolle der Behörden genauer zu definieren. Ausserdem muss mehr Zeit eingeplant werden für die Einführung der einzelnen Reformmassnahmen, wie zum Beispiel Teilautonome Volksschulen, Englisch, Computergestützte Lernformen oder die Reform der Grundstufe.
- Der Kanton ist Hauptverantwortlicher für die Delegation der Aufgaben (und natürlich auch deren Kosten) auf die Gemeindeebene. Dafür ist er in die Verantwortung und bei seinem Wort zu nehmen. Sonst besteht die Gefahr, dass der Begriff Volksschule nicht mehr zutrifft, wenn die Ausgestal-

tung der Schule zur Gemeinde-sache erklärt wird.

- Die bürgerlichen Parteien sind gefordert, ihre Versprechen bezüglich Qualitätssicherung bei der Volksschule einzulösen, auch wenn sich dann herausstellt, dass dies ohne Mehrkosten nicht erreichbar ist. Der Standortwettbewerb der Kantone und Gemeinden darf nicht weiterhin als ein "Buhlen mit möglichst kleinem Steuerfuss" verstanden werden.
- Die Entschädigung der Behördenmitglieder muss den Anforderungen entsprechend angepasst werden. Dabei darf nicht mehr von ehrenamtlich tätigen Personen ausgegangen werden. Beispiele anderer Gemeinden wie Oberrieden weisen in diese Richtung.
- Eine saubere Analyse, welche feststellt, welches die Aufgaben der Behörde bzw. der Verwaltung sind, soll wieder eine klarere Abgrenzung zwischen Sekretariat und Schulpflege ergeben. Wenn nötig sind die Stellenprozente des Sekretariates entsprechend zu erhöhen.

Heinz Brunner

Fortsetzung von Seite 5

zehn, zwanzig oder noch weit mehr Stellenprozenten entspricht. Und das gegen eine höchst bescheidene Abgeltung - nur schon im Vergleich mit verschiedenen anderen Gemeinden im Bezirk Horgen. Eine angemessene Entlohnung für jene, die zugunsten Wädenswils einen Karriereknick riskieren, ist wohl angebracht. Als Teilzeitstellen bezahlte Ämter brächten wenigstens in finanzieller Hinsicht eine Entlastung.

Mit einer besseren finanziellen Abgeltung wird es aber kaum getan sein. Auch mit einer neuen Gemeindeordnung, wel-

che die Aufgaben der Behördenmitglieder lediglich neu verteilt, wird es nicht einfacher werden, wieder die besten Köpfe für eine öffentliches Amt zu gewinnen. Der Stadtrat, der Gemeinderat, wir alle müssen uns ernsthaft fragen, in welcher Form das Milizsystem in Wädenswil weiterleben soll und kann und was es kosten darf.

Was rettet das Milizsystem?

Es ist schade, wenn die Grundideen des Milizsystems an kleinlichen finanziellen und der Tradition verpflichteten Überlegungen zu Grunde gehen. Die

Wädenswiler Behörden sollen mit möglichst verschiedenen Berufsleuten, Altersgruppen, Frauen und Männern besetzt sein und von dieser Vielfalt profitieren. Dafür sollten auch Ideen geprüft werden, die mit dem bisher Vertrauten brechen: Zum Beispiel Behörden vom operativen Geschäft so zu entlasten, wie es Verwaltungsräte jedes mittleren Unternehmens sind. Oder die Idee der Fusionierung unserer Primar- und Oberstufenschule mit bisher zwei Schulpflegern von zusammen 31 Mitgliedern (!) und zwei getrennten Schulsekretariaten.

Thomas Hartmann

Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz

Längere Öffnungszeiten: Konsumenten, Angestellte und Detaillisten bezahlen!

Im Kanton Zürich liegt nun ein vom Kantonsrat verabschiedeter Gesetzesantrag vor, welcher - mit Ausnahme des Sonntags - alle Ladenschlussbestimmungen eliminiert.

Bis anhin galten im Kanton Zürich die Öffnungszeiten werktags von 6.00 - 20.00 Uhr und samstags bis 16 Uhr. Mit dem neuen Gesetz könnten die Läden somit künftig täglich bis 23 Uhr offenhalten (mit Verlängerungsmöglichkeit bis Mitternacht). An vier Sonntagen sollen die Gemeinden Ausnahmen bewilligen.

Alle relevanten Anträge der Sozialdemokratischen Fraktion, die durchaus auf eine begrenzte Liberalisierung hinauslaufen, wurden abgelehnt mit der Begründung, dass insbesondere arbeitsrechtliche Bestimmungen zum Schutz des Verkaufspersonals unnötig sind.

man im Arbeitsgesetz vergebens.

Die Befürworter erachten es nicht als Aufgabe des Staates, vorzuschreiben, wann jemand einkaufen oder nicht einkaufen kann. Der moderne Mensch sei flexibel und unabhängig vom natürlichen Tagesrhythmus und fixen Zeiten. Sie unterschlagen dabei jedoch, dass auch in unserer modernen Gesellschaft nach wie vor ein breites Bedürfnis nach einem klar in Arbeitszeit und Freizeit eingeteilten Tages- und Wochenablauf besteht. Nur ein kollektiver, gesellschaftlicher Rhythmus erlaubt den gemeinsamen Ausgang am Samstag abend, die Aktivität im Verein nach Feierabend oder den Fussballmatch am Sonntag. Jede Familie organisiert das gemeinsame Zusammenleben nach den fixen Schul- und Arbeitszeiten. Die fast vollständige Freigabe der Ladenöffnungszeiten bedeutet einen Dammbbruch, dessen sozialen Fol-

nicht einem breiten, kollektiven Bedürfnis, sondern den handfesten wirtschaftlichen Interessen.

Den Kleinen an den Kragen

Die Kleinen werden den Kopf herhalten und die Kosten tragen müssen, wenn es den Grossen gelingt ihre Konzepte durchzusetzen. Oder will etwa jemand behaupten, das neue Ruhetags- und Ladenschlussgesetz wolle den Kleinen

„Es geht ans Läßige“

Adrian Schärer, Detaillist
Wädenswil

.....

einen Vorteil verschaffen? Bei Leibe nicht. Es geht ans Läßige der Detailhändler und kleinen Läden, weil diese die Mittel, die Öffnungszeiten auszudehnen,

nicht haben, es sei denn auf Kosten ihres sozialen Umfeldes und der Familie. Sie wären gezwungen, zusätzliche Zeit für die längere Präsenz im Laden herzugeben. Grössere Einkünfte werden sie nicht haben. Die Rechnung ist einfach: Die kleinen und mittleren Löhne sind in den letzten Jahren nicht gestiegen. Das heisst, es kann nicht mehr gekauft werden als bisher. Längere Ladenöffnungszeiten heissen folglich, weniger Verkäufe pro Stunde und das wiederum bedeutet, kleinere durchschnittliche Umsätze. Oder anders herum,

das Personal und die Ladeninhaber müssen länger arbeiten, um die bisherigen Einkünfte zu erzielen. Mit beschränkten Ladenöffnungszeiten werden die Konsumenten angehalten, ihre Einkäufe gebündelt zu tätigen, was einen grösseren Umsatz in kürzerer Zeit bedeutet. Das



10 Stunden
Supermarkt
sind für meinen
Laden schlimm
genug, jetzt wo
es 17 sind muss
auch ich
schliessen!

Jonas Rügg

Die Befürworter des neuen Gesetzes wollen jedoch nicht wahrhaben, dass das Arbeitsgesetz wenig griffig ist: Minimallöhne, Kompensation für Abendarbeit, Pausenregelungen, Verhinderung von Arbeit auf Abruf, die Freiwilligkeit von Abend- und Sonntageinsätzen sucht

gen nicht abzusehen sind: wo werden sich die Jugendlichen aufhalten, während die Eltern arbeiten? Will man dann zumal Jugendliche unter 16 Jahren nach 22 Uhr von der Migros, oder dem Shoppingcenter wegweisen? Die Ideologie der Beliebigkeit der Zeit entspringt

Fortsetzung Seite 8

widerspricht dem betriebswirtschaftlichen Sachverstand durchaus nicht. Und noch etwas: Bereits das heutige Gesetz lässt Ladenöffnungszeiten von 80 Stunden pro Woche zu. Bei der üblichen Arbeitszeit von ungefähr 42 Stunden bleibt für alle wahrlich genug Zeit zum Poschten. Wenn man schon die Ladenöffnungszeiten verlängern will, dann sollen zuerst die familien-, sozial- und personalpolitischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Wir wollen ja nicht zurück ins 19. Jahrhundert, sondern vorwärts ins 21.

Nur die Grossen profitieren

Wer aber will denn das neue Gesetz wirklich? Ehrlich gesagt: manchmal würde ich es auch schätzen, ich könnte zu irgend einer Tages- oder vor allem Nachtzeit schnell einen kleinen Einkauf tätigen, und ich habe dieses Vergnügen in fernen Ländern auch schon genossen. Aber ich habe dort auch erlebt, dass die

„Eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten bedeutet lediglich eine Umschichtung des Umsatzvolumens von den kleinen Läden zu den Grossverteilern“

.....

meisten Einkaufsmöglichkeiten zu Unzeiten im informellen Bereich liegen: ein fahrbarer Kiosk, der Bauchladen eines

Strassenhändlers, meistens Einkaufsgelegenheiten bei Leuten, die von der Hand in den Mund leben, bei Leuten ohne soziale Sicherheit und ohne genügendes Einkommen. Die andern Möglichkeiten waren in grossen Warenhäusern. Im Übrigen, so meine Erfahrung, halten sich Detailhändler in Dörfern und Städten fast überall auf der Welt an ähnliche Öffnungszeiten wie wir.

Für wen - nochmals die Frage - können sich längere Einkaufszeiten bei uns lohnen. Für die KonsumentInnen? Ich habe von keiner KonsumentInnen-Organisation gehört, dass sie das neue Gesetz fordert. Daher liegt die Vermutung nahe, dass mächtigere Interessen hinter den Bestrebungen, das Ladenöffnungszeitengesetz zu liberalisieren, stehen müssen. Und tatsächlich wird das neue Gesetz vor allem den Grossverteilern etwas bringen. Dies zeigen zum Beispiel breit angelegte Studien in Deutschland: eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten bedeutet lediglich eine Umschichtung des Umsatzvolumens von den kleinen Läden zu den Grossverteilern. Dies wollen wir nicht. Wir sind nicht bereit die sozialen Folgen einer Liberalisierung zu tragen: spielende Kinder bis Mitternacht in

„Nur ein gesellschaftlicher Rhythmus erlaubt den gemeinsamen Ausgang, die Aktivität am Feierabend“

.....

Shoppingcenters, zunehmende Vereinzelung, weil die gemeinsame Gestaltung der Freizeit durch die Auflösung eines kollektiven Rhythmus immer schwerer möglich ist. Uns ist der Preis zu hoch, mit dem das zeitlich unbeschränkte Konsumvergnügen erkaufte wird. Darum stimmen wir am 24. September NEIN!

René Peter

Liebe Leserin, lieber Leser!

Als Abonnentin oder Abonnent erhalten Sie das so! mit der Post. Das so! wird zudem von rund 20 Personen 3-4 mal jährlich in 7500 Haushalte in Au und Wädenswil verteilt. Selbstverständlich tun dies alle Personen unentgeltlich - darüber sind wir sehr froh. Merci!

Der Druck und das Papier kosten jedoch Geld - und darauf sind wir dringend angewiesen. Wir legen deshalb einen Einzahlungsschein bei und danken herzlich für jede Abonnementszahlung (Normal-Abo Fr. 12.--, bzw. Unterstützungsabo Fr. 25.--) und/oder Spende.

Die Redaktion



Abstimmungsempfehlung für den 24. September 2000:

National

- Gegenvorschlag zur Energie-Umwelt-Initiative **Ja**
- Solar-Initiative **Ja**
- Gegenvorschlag zur Solar-Initiative **Ja**
- 18%-Initiative **Nein**
- Konstruktives Referendum **Ja**

Kantonal

- Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz **Nein**
- Änderung des Strassengesetzes **Nein**
- Änderung des Gesetzes über die Zusatzleistungen zur AHV und IV **Nein**

Wädenswil wählt Julia Gerber Rüegg in den Stadtrat

Ich will mehr über die SP erfahren

Ich möchte der SP beitreten.

Senden Sie mir Infomaterial über folgendes Thema:

Name:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:



Sozialdemokratische Partei Wädenswil
Postfach 552, 8820 Wädenswil